

Protokoll

über die Sitzung des **Ausschusses für Integration und Teilhabe** am Donnerstag, 15.02.2018, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Günter Hahn

Mitglieder

Herr Stephan Iseke

Herr Thomas Iseke

Herr Ferdinand Lühring

Frau Christine Nothbaum

Herr Matthias Rabe

Herr Andreas Schaumann

Herr Thomas Stolte

Frau Melanie Stoy

Vertreter für Frau Ute Bertram-Kühn

Vertreter für Frau Magdalena Rozanska

Vertreterin für Frau Monika Strecker

Beratende Mitglieder

Frau Sabine Alsleben

Herr Dr. med. Giuseppe Broccoli

Herr Bernd Krause

Frau Irene Siedow

Herr Heinrich Stephanblome

Herr Rolf Steuerthal

Frau Jutta Wienand

ab 18:15 Uhr

Verwaltungsangehörige/r

Frau Annette Plein

Frau Anke Sommer

Fachbereichsleitung Bürgerservice

Protokoll

Zuhörer/innen

Zuhörer/innen

3 Personen, ab 18.15 Uhr 4 Personen

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 18:40 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

- | | | |
|------|--|-----------------|
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| 2. | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 14.12.2017 | |
| 3. | Berichte und Bekanntgaben | |
| 3.1. | Sitzungstermine 2018 | 2017/275 |
| 3.2. | Bericht zur Entwicklung der Haushaltsdaten per 30.09.2017 | 2017/280 |
| 4. | Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes | |
| 5. | Anfragen | |
| 6. | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2018 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms | 2017/286 |

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Herr Hahn eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Integration und Teilhabe und begrüßt die Anwesenden. Herr Hahn stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es ergeben sich folgende Änderungen der Tagesordnung:

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden unter dem Tagesordnung Punkt 3 Berichte und Bekanntgaben als Tagesordnungspunkte 3.1 und 3.2 behandelt, da es sich lediglich um nachrichtliche Vorlagen handelt.

Den vorstehenden Änderungen stimmt der Ausschuss für Integration und Teilhabe einstimmig zu.

Frau Plein erläutert Herrn Thomas Iseke auf dessen Nachfrage das Verfahren betr. die Behandlung und den Verlauf von Anträgen in Rat und Fachausschüssen.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 14.12.2017

Der Ausschuss für Integration fasst einstimmig bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 14.12.2017 wird genehmigt.

3. Berichte und Bekanntgaben

Frau Plein erläutert die Funktion von beratenden Mitgliedern und deren Stellvertretungen.

Herr Broccoli teilt mit, dass Herr Jakobeit kein Mitglied des Integrationsbeirates mehr ist. Dies ist in einem Protokoll des Integrationsbeirates vom Sommer 2017 festgehalten.

3.1. Sitzungstermine 2018

2017/275

Der Ausschuss für Integration und Teilhabe nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Es wird darum gebeten die Sitzungstermine in den geraden Wochen stattfinden zu lassen, damit Herr Köse teilnehmen kann. Der Termin 09.05.2018 müsste dementsprechend geändert werden.

3.2. Bericht zur Entwicklung der Haushaltsdaten per 30.09.2017

2017/280

Der Ausschuss für Integration und Teilhabe nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

5. Anfragen

Herrn Hahn liegen drei Anfragen von Herrn Krause vor.

1. Bestellung eines/einer Schwerbehindertenbeauftragten.
2. Benennung eines Ansprechpartners für Menschen mit Behinderung.
3. Herstellung der Barrierefreiheit zum DB-Reisecenter.

Frau Siedow führt zu letztem Antrag aus, dass sich die Stadt selbst dazu verpflichten sollte, dass das DB-Reisecenter barrierefrei umgerüstet wird. Sie nimmt Bezug auf die Kieler Erklärung, in der u.a. gefordert wird private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit zu verpflichten.

Frau Plein sagt zu, dass sie die Anträge in den Fachausschuss Finanzen gibt, damit sie dort behandelt werden.

Herr Stephan Iseke weist auf die fehlenden WLAN-Kapazitäten in den Flüchtlingsunterkünften hin und den dringenden Handlungsbedarf Abhilfe zu schaffen.

Frau Plein sagt zu sich um das Problem zu kümmern.

Antwort der Verwaltung betr. WLAN:

Die Flüchtlingsunterkunft in der Bunsenstraße ist bauseitig mit einer WLAN-Verbindung ausgestattet, die den Gemeinschaftsraum und das Außengelände vollständig versorgen kann. Dadurch haben die Geflüchteten die Möglichkeit, rund um die Uhr eine WLAN-Verbindung nutzen zu können. Aus Kostengründen ist auf die Möglichkeit, jede einzelne Wohneinheit anschließen zu können, verzichtet worden. Die Anschlusskosten, die in den Geflüchteten gewährten Regelsätzen enthalten sind, werden nicht von der Region Hannover erstattet, da dies eine doppelte Zahlung bedeutet. Insoweit sind die Bewohner der GU im Hinblick auf die Kostenübernahme bessergestellt als beispielsweise die Bewohner anderer Wohnungen. Darüber hinaus haben die Geflüchteten die Möglichkeit, während der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek das dort vorhandene WLAN-Netz zu nutzen.

Herr Steuerthal merkt an, dass den Flüchtlingen in den Ortsteilen ebenfalls kein freies WLAN zur Verfügung steht und diese somit nicht gleich gestellt sind.

6. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2018 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms

2017/286

Frau Plein erläutert den Ansatz für den Integrationsbeirat in Höhe von 1.500 EUR, der jedoch im Haushalt nicht durch ein eigenes Produkt dargestellt wird. Es sind weitere Ansätze im Haushalt vorhanden, die jedoch in anderen Produkten wie z.B. dem neuen Fachdienst Soziale Arbeit aufgehen.

Herr Steuerthal merkte an, dass in Hannover 15.000 EUR für Integrationsarbeit in jeden Stadtteil in den Haushalt eingestellt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Integration und Teilhabe fasst einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

1. die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2018 einschließlich Stellenplan und
2. gemäß § 58 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

das der Finanzplanung zugrunde liegende Investitionsprogramm.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Hahn den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:35 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 17.04.2018